

Dietmar Mehrens



Böse Falle

„Ehe für alle“

Eine Orientierungshilfe für mündige Bürger

Dietmar Mehrens

Böse Falle »Ehe für alle«

Eine Orientierungshilfe für mündige Bürger

Zu diesem Buch:

Am 30. Juni 2017 beschloss der Deutsche Bundestag in einer auf Antrag von SPD, Die Linke und Grünen anberaumten Sitzung, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zuzulassen. Damit hat nach anderen westlichen Gesellschaften nun auch die Bundesrepublik Deutschland einen beispiellosen Bruch mit dem vollzogen, was kultur-, generationen- und zeitübergreifend in der Menschheitsgeschichte fester Brauch war. Wie konnte es so weit kommen? Und: Ist das wirklich gut für Deutschland?

Inhaltsverzeichnis

1. Das Grundgesetz schützt Ehe und Familie
 2. Das Ja zur »Ehe für alle« beruht nicht auf Fakten, sondern auf Propaganda
 3. Die wissenschaftliche Forschung liefert keine Legitimation für die »Ehe für alle«
 4. Unter der Lupe: Wo hat das Postulat der »Ehe für alle« seinen Ursprung?
 5. Commonsense versus Mainstream
- Fazit

1. Das Grundgesetz schützt Ehe und Familie

Wenn wir im Grundgesetz Artikel 6 lesen:

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft[.]

dann darf unterstellt werden, dass keine moderne Modifikation des Begriffs Ehe der verfassungsgebenden Versammlung vor Augen stand, sondern die qua Commonsense geltende Definition der Ehe als einer verbindlichen Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, aus der, auf natürliche Weise, die in Absatz 2 genannten Kinder hervorgehen. Niemand wird ernsthaft in Zweifel ziehen, dass die Verfasser des Grundgesetzes Ende der vierziger Jahre bei dem Begriff »Ehe« allein die Ehe zwischen Mann und Frau im Blick hatten. Der Schutz, von dem Absatz 1 spricht, gilt eo ipso auch, vielleicht sogar in besonderer Weise für Angriffe, wie sie SPD, Linke, Grüne und progressive Kreise innerhalb der Union durch das Postulat

einer so genannten »Ehe für alle« führen. Denn Schutz bedeutet selbstverständlich auch Schutz vor allen Versuchen, den im Grundgesetz genannten Begriff Ehe zu entwerten, zu modifizieren oder umzudeuten. Ob die deutschen Verfassungsrichter dieser Argumentation folgen, bleibt abzuwarten. Schließlich hat das oberste Gericht auch schon bei der Zulassung der eingetragenen Lebenspartnerschaft von 2002 veränderten Wahrnehmungen und Bedürfnissen in der Gesellschaft Rechnung getragen. Allerdings darf man unterstellen, dass die Väter des Grundgesetzes etwas festzuschreiben gedachten, was sie auf der Grundlage von christlicher Tradition und Commonsense für universell gültig hielten, und nicht etwas, das fortwährenden Modifikationen auf der Grundlage eines sich wandelnden Geschmacks, sich wandelnder Moden oder eines sich wandelnden Zeitgeistes unterliegt. Für solche Veränderungen in der Gesellschaft gibt es das BGB, das durch die Lebenspartnerschaftsregelung den erkennbaren gesellschaftlichen Veränderungen bereits umfassend Rechnung getragen hat. Im Hinblick auf die aktuelle Debatte würde die Abkehr vom Prinzip der Universalität des Grundgesetztextes zudem bedeuten, dass die »Ehe für alle« in absehbarer Zeit u.a. auch die Ehe zwischen Minderjährigen, Geschwistern und

Menschen, die bereits mit einem anderen Partner verheiratet sind (Polygamie) umfassen muss, sollten gesellschaftliche Veränderungen (mit Blick auf die Polygamie etwa der fortdauernde Zuzug von Muslimen, in deren Kultur Polygamie die Norm ist) dies nahelegen.

2. Das Ja zur »Ehe für alle« beruht nicht auf Fakten, sondern auf Propaganda

Das häufigste Argument, das in den westlichen Gesellschaften für die »Ehe für alle« vorgebracht wird, ist, dass es dem Willen der Mehrheit des Volkes entspricht. Doch erstens hat es nie eine Volksabstimmung zu dem Thema gegeben (diese würde aber wahrscheinlich zur Annahme der »Ehe für alle« führen) und zweitens haben sich die Befürworter der »Ehe für alle« bisher einer offenen Auseinandersetzung zu dem Thema widersetzt. Aus gutem Grund, denn Sachargumente für die Aufhebung des traditionellen Leitbildes von Ehe und Familie gibt es kaum. Im Wesentlichen beschränken sie sich auf die Das-ist-gut-so-Rhetorik des bekennenden Homosexuellen und ehemaligen Berliner Bürgermeisters Wolfgang Wowereit und verweisen auf die breite Zustimmung, die ihr Anliegen in der Bevölkerung hat. Das Volk wünscht es so. Das muss jeder Demokrat zunächst einmal so hinnehmen.

Was aber sind – abgesehen von einem Hedonismus, gegen den der Bürger auf den ersten Blick nichts haben kann, weil Hedonismus, zumindest vordergründig, dem Individuum nützt und

nicht schadet – die Argumente dafür, dass eine Gesellschaft die homosexuelle Verbindung zweier Menschen nicht nur toleriert, sondern offiziell sanktioniert? Diese Auseinandersetzung wurde bisher nicht geführt. Sie kann auch gar nicht mehr offen geführt werden, weil das linksintellektuelle Establishment, also diejenigen Kreise in der Gesellschaft, die jenseits der Berufspolitik im Besitz der entscheidenden meinungsbildenden Instrumente sind, Journalisten, Hochschulprofessoren, Theaterintendanten, Schauspieler, Autoren, Musiker, Film- und Fernsehschaffende und andere Prominente, durch eindeutige Stellungnahmen längst ein Klima geschaffen haben, in dem Menschen, die aus persönlichen, religiösen, allgemein ethischen oder welchen Gründen auch immer die Gleichsetzung von homo- und heterosexuellen Partnerschaften ablehnen, dies nicht mehr offen aussprechen können. Der klarste Beleg hierfür ist die Wortschöpfung »homophob«. Dieser Begriff, der schon sprachlich völlig verunglückt ist (weil er wörtlich aus dem Griechischen übersetzt »Gleiches fürchtend« bedeutet, aber wer hat schon Angst vor dem, was ihm gleicht?), hat in der deutschen Gesellschaft nur eine Funktion: die Gegner einer Gleichbewertung homosexueller und heterosexueller Lebensformen oder -gemeinschaften zu

diffamieren. In dieser Funktion ist er vergleichbar mit dem Begriff »Judenfreund«, mit dem im totalitären Nazi-Reich Menschen gerügt, gesellschaftlich geächtet und letztlich mundtot gemacht wurden, weil sie dem herrschenden Mainstream, der Juden als Schädlinge der Gesellschaft postulierte, widersprachen. Es war dies eine perfide Form der Unterdrückung. Die Vokabel »Homophobie« folgt demselben Muster, genau wie übrigens in unserer Gegenwartsgesellschaft die Vokabel »Rassismus«. Beide werden, sobald sie pauschal und ohne Einzelfallprüfung erhoben werden, zu Kampfbegriffen, die eine offene Auseinandersetzung zu einem strittigen Thema behindern oder ganz unmöglich machen. Sie dienen, genau wie »Judenfreund« im Nazi-Reich, allein dem Zweck, eine ergebnisoffene Debatte, bei der Pro- und Contra-Argumente gleichberechtigt zu Gehör gebracht werden dürfen, gar nicht erst zuzulassen. Sie sind Instrumente eines totalitären Anspruchs auf die Deutungshoheit zu dem von ihnen berührten Thema und als solche vollkommen inkompatibel mit dem demokratischen Selbstverständnis von einer offenen Gesellschaft. Pluralismus und Meinungsfreiheit zerschellen an ungeschriebenen Gesetzen. Wer gegen sie verstößt, darf sich als moderner Ketzler fühlen, für den überall in der Gesellschaft

Großinquisitoren bereitstehen, die nur auf ein Kommando zum Losschlagen warten. Sie sitzen in den Parteien des linken Spektrums, in den Medien, auf den Lehrstühlen der Universitäten und unter den Meinungsmachern des Kulturbetriebs, wie nachfolgend an einer Reihe von Beispielen zu sehen sein wird.

Homosexualität – die heilige Kuh der Linken

Einer der prominentesten Demagogen und Propagandisten des linken Establishments ist Volker Beck, Abgeordneter der Grünen im Deutschen Bundestag, ehemals Streiter für die Rechte von Pädophilen und damals wie heute bekennender Homosexueller. Auf einem christlichen Kongress in Bremen wurde im Frühjahr 2008 ein Seminar zum Thema »Wege heraus aus homosexuellen Neigungen« angeboten. Die Verantwortlichen müssen übersehen haben, dass dies ein klarer Verstoß gegen die von Beck und anderen Linken erstrittene Deutungshoheit zu dem Thema war. Der inzwischen auch eines Rauschgiftdelikts überführte Politiker schlug Alarm und auf einmal galt (ganz untypisch eigentlich für einen bekennenden

Homosexuellen): Null Toleranz! Die Kombattanten der Gay-and-lesbian-pride-Bewegung entfachten ein mediales Kreuzfeuer. Der so geschürte Druck wurde so groß, dass die Veranstalter das Seminar absagten. Sie mussten Übergriffe seitens der für ihre Aggressivität gegenüber konservativen Christen bekannten linksautonomen Szene fürchten, zu der es während des Kongresses bereits verschiedentlich gekommen war. Ein offenes Gespräch zu einem längst noch nicht abschließend erforschten Gebiet? Nicht tolerabel. Dabei ist die öffentliche Meinung in unseren westlichen Demokratien gerade bei Angriffen auf die Meinungs- und Gewissensfreiheit als eines der besonders schützenswerten Grundrechte normalerweise überaus empfindlich, weshalb sich die Regierungen in Polen und Ungarn für ihre staatlichen Regulierungsmaßnahmen in der Medienlandschaft heftiger Kritik ausgesetzt sahen. Die Infragestellung von Homosexualität als gleichwertiger Spielart der Heterosexualität jedoch wird von einer Mehrheit in den westlichen Gesellschaften ganz offensichtlich nicht toleriert. Homosexualität ist gewissermaßen die heilige Kuh der Linken, die niemand schlachten darf.

Zweierlei Maß: Xavier Naidoo versus Lady Gaga

Ein weiteres anschauliches Beispiel liefert der Sänger und Liedermacher Xavier Naidoo, der sich vor dem künstlerischen Aussehen, als dank rascher medialer Verbreitung rühmbar wurde, er habe sich in einem Liedtext zu »homophoben« Äußerungen verstiegen. Ein erstaunlicher Vorgang, denn Tabubrüche haben in der Musikszene eine lange Tradition. Als vor drei Jahrzehnten Madonna mit »Like a Prayer« für einen Skandal sorgte, konnte die Künstlerin sich medialen Beistands sicher sein. Schließlich kam Kritik ja auch nur von »ewig-gestrigen« Konservativen und Katholiken. Auch Lady Gaga, eine schon jetzt legendäre Popikone der Gegenwart, für die die permanente Provokation Programm ist, kann sich jederzeit auf die Freiheit der Kunst berufen und hatte selbst dann keinen Karriereknick zu befürchten, als sie 2012 im Rahmen eines Konzerts auf offener Bühne Marihuana rauchte, obwohl es triftige Gründe dafür gäbe, die Künstlerin für diesen Auftritt mit Sanktionen zu belegen. Stars und Skandale – das gehört schließlich irgendwie zusammen, zumindest solange es sich nicht um einen Skandal handelt, wie ihn Xavier Naidoo zufällig im gleichen Jahr wie Lady Gaga auslöste. Denn in

seinem Fall erstatteten humorlose Linke Strafanzeige. Naidoo sah sich genötigt, öffentlich seinen Respekt für die vermeintlich angegriffenen Randgruppen zu bekunden, um seine Karriere nicht zu gefährden. Am Beispiel der Nachrichtensprecherin Eva Herman, die nach ihrem legendären Rauswurf aus der Johannes B. Kerner-Show des ZDF zur Persona non grata des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde, konnte er ablesen, wie sehr eine Meinung, die sich durch die medialen Meinungsmacher in der Gesellschaft als indiskutabel darstellen lässt, zum beruflichen und gesellschaftlichen Ausführen kann. Für ein Land, das Meinungs- und Gewissensfreiheit zu seinen höchsten und wichtigsten Grundsätzen zählt, ist das, was mit Naidoo geschah, ein mindestens bemerkenswerter Vorgang. Die Geschichte geht aber noch weiter: Zwar leitete die zuständige Staatsanwaltschaft nicht einmal ein Ermittlungsverfahren gegen den Sänger ein, womit Naidoo als unbescholten gelten durfte. Doch dem NDR war der sperrige Künstler anschließend nicht mehr genehm genug, um ihn 2015 zum Eurovision Song Contest, einer bekanntlich völlig unpolitischen Veranstaltung, zu entsenden. Ein wütender Webmob linker Demagogen hatte zum Angriff auf Naidoos Integrität geblasen. Nur bei besonders Hartgesottene n löst die

Vorstellung wohl keine Beklemmungen aus, wie ähnlich das Ganze verlaufen wäre, wenn es vor 75 Jahren das Internet und den ESC schon gegeben hätte und nicht Xavier Naidoo, sondern die Comedian Harmonists diejenigen gewesen wären, über deren Mitwirkung bei dem Wettbewerb die Deutschen ihr Urteil zu fällen gehabt hätten.

Flüchtlinge willkommen, Kritik unwillkommen: Alvis Hermanis versus Joachim Lux

Wie wenig sich linksliberale Kreise um Meinungs- und Gewissensfreiheit scheren, wenn sie sich im Recht fühlen, zeigt ein Beispiel aus einem anderen politischen Großkampfgebiet: DER SPIEGEL berichtete unter dem Titel »Der Volksfeind« in Heft 51/2015 über folgenden Vorfall: Der lettische Regisseur Alvis Hermanis hatte keine Lust, sich in den Dienst einer einseitig politisierten Theatermannschaft stellen zu lassen, die ihre Arbeitsstätte, so der Regisseur wörtlich, als »Refugees-Welcome-Zentrum« verstünde. Aus diesem Grunde sagte Hermanis sein Engagement für das Hamburger Thalia-Theater ab. Er hatte sich vertraglich verpflichtet das Stück »Russland. Endspiele« zu inszenieren. Per E-Mail teilte Hermanis mit,

dass er sich von der einseitigen Instrumentalisierung deutscher Bühnen für linke Überzeugungen zur Flüchtlingsproblematik distanziert. Thalia-Intendant Joachim Lux zitierte in einer nicht mit dem Regisseur abgesprochenen Presseerklärung aus diesen von dem Regisseur als privat deklarierten E-Mails u.a. mit folgenden Worten: »Die deutsche Begeisterung, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen, sei extrem gefährlich für ganz Europa, weil unter ihnen Terroristen seien. [...] Die Zeiten der political correctness seien vorbei.« (Was man im Dezember 2015, vor den Brüsseler Anschlägen vom Frühjahr 2016 also, noch nicht wusste: Hermanis lag damit völlig richtig: Die drei Brüsseler Attentäter Naim Al Hamed, Sofiane Ayari und Khalid el Bakraoui waren als Flüchtlinge getarnt nach Europa gekommen.¹) Später meldete sich der Regisseur noch einmal selbst zu Wort: »Nach Gesprächen mit Thalia-Leuten habe ich den Eindruck, dass sie nicht offen sind für abweichende Meinungen. Sie sehen sich als Refugees-Welcome-Zentrum. Jawohl, ich will da nicht mitmachen. Kann ich mir diese individuelle Entscheidung, kann ich mir eigene Meinungen

¹ Vgl. Meldung des *New Observer* 30. März 2016. Im Netz gefunden unter: <http://newobserveronline.com/brussels-attacked-refugee-terrorists/>

leisten? [...]«². Die Antwort auf diese provokante Frage ließ nicht auf sich warten: In den deutschen Medien kam es zu einer einhelligen Verurteilung des Regisseurs, den *Die Welt* »paranoider Pegida-Parolen« bezichtigte; die *taz* nannte ihn einen »rassistischen Regisseur«. Erste Stimmen, geäußert über das Theaterportal »Nachtkritik«, wurden laut, die die Verbannung sämtlicher Arbeiten des Regisseurs von deutschen Bühnen forderten. Lux begründete laut SPIEGEL die Veröffentlichung der privaten E-Mail-Texte wie folgt: »Wir verwalten hier Steuergelder [...]. Wenn dann ein Regisseur kommt und das Theater, mit dem er einen Vertrag hat, aus politischen Gründen boykottieren will [...], und jedwede Einladung, miteinander zu sprechen, rigoros ablehnt, verdient das keine Diskretion, die sich hinters Private zurückzieht. Das ist wahrheitswidrig. So etwas geht nicht. Der Fall ist so unfassbar, dass ich sicher war, dass sich die Schutzbehauptung einer Absage aus privaten Motiven nicht aufrechterhalten lässt.«³. Wohlgemerkt, der Regisseur hatte politische Gründe bereits eingeräumt; er wollte nur sagen, dass diese seine Privatsache sind.

² DER SPIEGEL 51/2015, S. 151.

³ Ebd.

Dauerthemenwoche Homosexualität im öffentlich-rechtlichen Fernsehen?

Zugegeben, das sind Einzelfälle, die symptomatisch sein mögen, aber eben trotzdem Einzelfälle bleiben. Wesentlich vielsagender und repräsentativer ist der Blick in den »Spielplan« einer deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt: In den Wintermonaten 2015 hielt ich mich berufsbedingt im Ausland auf und lediglich die Mediathek des ZDF stand mir als Fernseh-Unterhaltungsprogramm zur Verfügung. Ich sah mehrere Dutzend TV- und Fernsehfilme zu verschiedenen Themen und verschiedener Genres, darunter viele Krimis. Obwohl gerade das Krimi-Genre sich ja nicht vor allem deswegen so großer Beliebtheit erfreut, weil es tiefe sozialpolitische Botschaften transportiert, drängte sich mir der Eindruck auf, dass im ZDF eine Themenwoche zum Thema Homosexualität die nächste jagte. In der Krimireihe »Die Chefin« machte ich Bekanntschaft mit einer attraktiven homosexuellen Gerichtsmedizinerin, im TV-Zweiteiler »Schicksalsjahre« bedrängte eine lesbische Sängerin Maria Furtwängler, im TV-Krimi »Mörderischer Besuch« gab es Homosexuelle im Heiligen Land, in »Nord-Nord-Mord« mit Robert Atzorn hatte

ein homosexueller Barkeeper seinen launigen Auftritt, im Montagsfilm »Sein gutes Recht« sollte sich ein wegen seiner Homosexualität abgewiesener Sohn mit dem Alzheimerkranken Vater aussöhnen. Auch vor dem vom ZDF neu belebten Genre Heimatfilm, sonst eher keine typische Spielwiese für gleichgeschlechtliche Paare, macht die Dauer-Themenwoche nicht Halt: In »Lena Lorenz« sah ich zwei nackte Männer im Stroh. Und bei »Bella Block«, einer der langlebigsten TV-Serien, folgte auf »Für immer und immer« über zwei homosexuelle Frauen die Folge »Der schönste Tag im Leben« über zwei homosexuelle Marinesoldaten und damit war noch längst nicht Ende der Fahnenstange. Schätzungsweise ein knappes Drittel der willkürlich nach eigenem Gusto ausgewählten fiktionalen Filme kam ohne Auftritte homosexuell empfindender (und dies auch offen zeigender) Menschen nicht aus, ein Befund, bei dem sich die Frage aufdrängt, wie der gewöhnliche TV-Zuschauer noch zu einem objektiven Urteil zu dem Thema gelangen soll. Denn mit jedem Beitrag, der gelebte Homosexualität als völlig normalen Bestandteil der Gegenwartskultur zeigt, dessen einzige Problemzone die Voreingenommenheit oder Feindseligkeit altmodischer (»ewiggestriger«) Konservativer ihnen gegenüber ist, wird dem

Zuschauer auf manipulative Weise die Richtung vorgegeben, in die er zu denken hat, genau wie mit jedem Spielfilm, der in den Hitler-Jahren produziert wurde, die Richtung vorgegeben wurde, wie man über Juden zu urteilen hat. Das Gegenargument, dass man mit der Wahl homosexuell empfindender Protagonisten und Nebenfiguren nur gesellschaftliche Realität abbilde, verfängt nicht. Der Anteil von Menschen mit Behinderung an der deutschen Gesamtbevölkerung ist ungefähr genauso hoch wie der von Menschen mit sexueller Orientierung, ohne dass dies zu einem vergleichbaren Anstieg von Blinden, Tauben, Menschen in Rollstühlen oder solchen mit Down-Syndrom in den einschlägigen TV-Formaten geführt hätte.

Man könnte noch eine Reihe anderer Beispiele anführen. Spontan fällt mir noch die seitens der Leitmedien mit unverhohlener Sympathie begleitete Aktion »Mundpropaganda« des Männermagazins GQ gegen die Repression von Homosexualität in Ländern wie Russland ein, für die sich u.a. die (heterosexuell empfindenden) Prominenten Herbert Grönemeyer und August Diehl beim Küssen eines anderen Mannes

ablichten ließen.⁴ Aber fanden wirklich alle Deutschen diese Aktion so großartig, wie es der Mangel an öffentlicher Kontroverse nahelegt? Zweifel dürfen erlaubt sein und die haben sich in einer veränderten, skeptischeren Wahrnehmung der Leitmedien in der deutschen Öffentlichkeit auch deutlich manifestiert. Natürlich, der Vergleich mit der Propaganda der Nazis ist illegitim, da in einem totalitären System die Medien staatlich gelenkt sind und in Deutschland nicht. Doch gerade deswegen ist es ja so irritierend, wie wenig Meinungsvielfalt die Freiheit, die die deutsche Demokratie den Medien gewährt, bei bestimmten Themenfeldern hervorbringt. Gerade den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten darf man dies eigentlich nicht durchgehen lassen. Versuchen Sie doch mal, mit den dafür bereitgestellten öffentlichen Fördergeldern einen teuren Kino- oder Fernsehfilm zu produzieren, basierend auf einem Drehbuch, das dem herrschenden Mainstream zum Thema Homosexualität radikal widerspricht, das beispielsweise zeigt, wie sich die Seuche AIDS durch Promiskuität und Verantwortungslosigkeit der homosexuellen Subkultur ausbreitete (es

⁴ »Prominente Küsse gegen Homophobie«. Gefunden auf der Webseite des Magazins *GQ* unter: www.gq-magazin.de/unterhaltung/stars/prominente-kuesse-gegen-homophobie

muss nicht alles stimmen, es ist eine Fiktion), vertreten Sie in Ihrem Drehbuch (natürlich nur unterschwellig, Film soll nur Denkrichtungen aufzeigen, nie vorgeben!) die These, dass Gesellschaften, die Homosexualität ächten, vital und solche, die sie nicht ächten, dekadent sind, oder stellen Sie sich auf subtile Weise auf die Seite derjenigen, für die es ein völlig natürlicher Reflex ist, sich beim Anblick sich küssender Menschen desselben Geschlechts verstört abzuwenden. Wir können das Gedankenexperiment an diesem Punkt vorzeitig beenden. Klar ist, dass ein solches Projekt niemals Zugriff auf die nötigen Fördergelder bekäme. Klar ist aber auch, dass ernst gemeinter Pluralismus ein solches Projekt eigentlich fördern müsste. Denn die Frage, die sich dem mündigen TV-Konsumenten angesichts dieses Befundes aufdrängt, lautet: Ist das, was die ZDF-Mediathek (hier betrachtet als Pars-pro-toto für eine eindeutige Tendenz in den deutschen Leitmedien) mir zu bieten hat, wirklich das Nonplusultra an Pluralismus und Meinungsfreiheit, wie ich sie mir in einer Demokratie wünsche? Bejaht er dies, schlosse sich als nächste Überlegung an: Steht die Ablehnung von Homosexualität als Lebensform wirklich, wie viele es vertreten, auf einer Stufe mit der Ablehnung eines Menschen mit anderer Hautfarbe? Und falls der

mündige Bürger auch dazu ein Ja findet, schlosse sich die Frage an: Müssen alle das so sehen? Oder ist hier nicht vielmehr durch eine langjährige stillschweigende Übereinkunft innerhalb bestimmter Kreise medial ein neues Dogma installiert worden? Denn das ist die Vokabel, die die deutsche Sprache für ein Alle-müssen-das-so-sehen bereithält. Das ist dann aber schon eine interessante Karriere: Am Anfang stand die Bitte um Nachsicht, Verständnis und Toleranz gegenüber einer Minderheit und am Ende des Prozesses, der so begann, steht auf einmal der Gegenbegriff zu Toleranz: Dogmatismus.

Toleranz – ein Wort macht Karriere

An dieser Stelle könnte ein kleiner wortgeschichtlicher Exkurs lohnend sein. Wenn man sich den ursprünglichen Sinn des gemessen am heutigen Gebrauch offenbar umgeworteten Wortes *Toleranz* klar vor Augen führt, tritt nämlich Erstaunliches zutage: Der Begriff schließt die Vorstellung von Schmerz, von Ertragenmüssen ein: *quæ operatur tolerantiam earumdem passionum* («welche wirkt das Ertragen derselben Leiden») heißt es etwa in der Vulgata

(2. Brief des Paulus an die Korinther 1,6). Das hier benutzte Wort *tolerantia*, abgeleitet vom lateinischen Verb *tolerare* ist der Ursprung des deutschen Nomens *Toleranz*. Was wir geduldig *ertragen* müssen, ist aber naturgemäß nicht gerade das, worauf wir unseren Blick richten möchten oder was wir ganz großartig finden. Dem Wortsinne nach geht es bei *Toleranz* vielmehr darum, ein Verhalten oder eine Überzeugung zu *dulden*, die der Duldende, würde man ihm die freie Wahl lassen und gäbe es das Toleranzgebot nicht, ablehnen oder sogar bekämpfen würde. Toleriert, d.h. geduldet werden demnach Menschen, die in irgendeiner Form eine Last oder ein Problem für die Gesellschaft sind wie z.B. illegale Einwanderer, die das Land vorläufig innerhalb seiner Staatsgrenzen *duldet*. Ein entsprechendes Dokument, eine *Duldung*, wird von der zuständigen Behörde ausgestellt. Als der Berliner Bürgermeister Wowereit (SPD) bekannte, wie er sexuell empfindet, und den biblischen Satz sprach: »Das ist gut so«⁵, ging es schon nicht mehr um Toleranz, jedenfalls nicht dem

⁵ Die Aussage spielt an auf das göttliche Urteil bei der Schöpfung der Welt. In Genesis 1 wird am Ende jedes Schöpfungsaktes von der Zufriedenheit Gottes mit seinem Werk berichtet. Er bekräftigt diese durch die Worte: »Gott sah alles an, was er gemacht hatte: Es war sehr gut« (Genesis 1,31).

ursprünglichen Wortsinn nach, sondern darum, wie er ja auch selbst sagt, seine sexuelle Orientierung »gut« zu finden. Er postulierte somit nicht Duldung, sondern Dogma, und zwar das Dogma von der Gleichgültigkeit der sexuellen Orientierung. Damit hat es der Begriff Toleranz in recht kurzer Zeit erstaunlich weit gebracht. Wie war diese erstaunliche Karriere möglich?

Das ist die Stelle, an der man sich vorsehen muss, nicht in den Sog absurder Verschwörungstheorien zu geraten, die einen jeder Glaubwürdigkeit berauben. Denn nicht wenige sind es, die an eine perfide Verschwörung des Weltlinkentums zur Abschaffung der bisherigen Ordnung glauben. Bleiben wir bei den einfachen und für jeden Leser überprüfbaren Fakten: Viele, die der Toleranz zu ihrem beachtlichen semantischen Aufstieg vom Denotat Dulden zum Denotat Gutheißen verholfen haben, sitzen dort, wo in erheblichem Maße Einfluss auf die gesellschaftliche Meinung genommen werden kann.

Wo Meinung gemacht wird

Der SPIEGEL-Journalist Jan Fleischhauer hat nachgewiesen,

dass die Anhänger der Achtundsechziger-Bewegung in der Zeit der sozialliberalen Koalition in den siebziger Jahren, einem für sie günstigen politischen Klima also, die Universitäten gleichsam gestürmt haben. Zwischen 1972 und 1979 nahm die Zahl der Professoren an deutschen Hochschulen um 35 Prozent zu. Vorher hatte man durch die »Delegitimierung der alten Ordinarienuiversität durch politischen Protest«⁶ und die Senkung der Hürden für eine Habilitation den Weg frei geräumt für die eigene Hochschullaufbahn. »Die Masseneinstellung einer einzigen, relativ jungen Alterskohorte machte die deutschen Hochschulen zum Eingenerationenprojekt, jedenfalls dort, wo ihre Interessensschwerpunkte lagen, in den Sozialwissenschaften und den meisten Geistesfakultäten«⁷, so der SPIEGEL-Autor, der als Ergebnis seiner Nachforschungen festhält: »Es ist heute fast unmöglich, an der Spitze der Verwaltungen einen Uniprofessor, Staatsanwalt oder Richter zu treffen, der nicht irgendwann in den Siebzigern seine Arbeit aufgenommen hat und zumindest zeitweise mit den Zielen von damals sympathisierte.«⁸ Wer Zweifel hegt, dass das Achtund-

⁶ Fleischhauer, Jan: *Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde*. Reinbek 2009. S. 137.

⁷ Ders., S. 139.

⁸ Ders., S. 136.

sechziger-Lager auch heute noch an den Universitäten, namentlich in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die Zügel fest in der Hand hält, dem sei ein Blick auf die so genannte Wahl zum »Unwort des Jahres« empfohlen, der seit 1991 um sich schlagenden »sprachkritischen Aktion«, der jedes Jahr die Aufmerksamkeit der Leitmedien sicher ist. Der Begriff »Wahl« suggeriert eine demokratische Abstimmung. Doch demokratisch verläuft nur die Einreichung: Jeder Bürger darf einen Vorschlag machen. Das letzte Wort hat indes eine Oligarchie von Experten. Die Jury besteht aus vier Sprachwissenschaftlern und einem Journalisten und beruft jährlich wechselnd ein weiteres Mitglied aus dem Kultur- und Medienbetrieb. Die Liste der Titelträger liest sich – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – wie ein auf Schlagwörter gerafftes Wogegen-wir-sind-Programm der Parteien des linken Spektrums. Mit »ausländerfrei« und »Überfremdung« wurde 1991 und 1993 bei der ersten und dritten Unwort-Wahl bereits die politische Richtung vorgegeben. Auch die Sieger-Unwörter »national befreite Zone« (2000), »freiwillige Ausreise« (2006), »Sozialtourismus« (2013) und »Gutmensch« (2015) demonstrieren eine auffällige Fokussierung auf die Asyl- und Einwanderungsproblematik bei gleichzeitiger klarer Parteinahme.

Begriffe, die konservativen Kreisen als Verharmlosung oder Verschleierung erscheinen (denn zur Entlarvung von Verharmlosungen und Verschleierungen fühlt sich die »sprachkritische Aktion« berufen), Begriffe wie Abtreibung (Tötung ungeborenen menschlichen Lebens), Love-Parade (behördlich genehmigtes Massenbesäufnis mit integriertem Drogenumschlagsplatz), Willkommenskultur (staatlich verordnete Bereitschaft, den unkontrollierten Zuzug von Einwanderern ohne Volksbefragung durch Steuergelder zu finanzieren) oder Homophobie (intoleranter Begriff zur Diffamierung Andersdenkender), schaffen es erschreckend selten auf die Kandidatenliste.

In Anbetracht solcher Befunde überraschen auch die Ergebnisse einer wissenschaftliche Untersuchung der Freien Universität Berlin zum Denken und Trachten deutscher Politikjournalisten niemanden mehr. Die Untersuchung zur Parteineigung ergab: Nur einer von neun Journalisten steht dem bürgerlich-konservativen Lager nahe. Als Spitzenreiter bei der Parteineigung erwiesen sich Die Grünen, mit denen mehr als ein Viertel der Befragten sympathisierte.⁹ Erschwerend hinzu

⁹ Lünenborg, Magreth & Simon Berghofer: Politikjournalistinnen und Politikjournalisten. Aktuelle Befunde zu Merkmalen und Einstellungen

kommt ein ausgeprägtes aufklärerisches Bedürfnis der Medienschaffenden. In der Zusammenfassung der Studienergebnisse schreiben die Autoren: »Das berufliche Ziel, ›komplexe Sachverhalte erklären und vermitteln‹ zu wollen, erfährt durch die von uns befragten Journalisten im Durchschnitt mehr Zustimmung als ›das Publikum neutral und präzise zu informieren‹.«¹⁰

Anders gesagt: In den deutschen Leitmedien *Tagesthemen*, *Heute-Journal* oder auch *Spiegel* und *SZ* oder *FAZ* sind mehrheitlich Menschen am Werk, die dem linksliberalen Lager nahestehen und nicht frei von Bekehrungseifer sind. Das Bedürfnis, den Zuschauern bzw. Lesern durch erklärende Hinweise bei der Einordnung zu helfen, der Einordnung in die Kategorien richtig und falsch nach der linken Werteskala nämlich, ist erkennbar größer als das Bedürfnis nach Objektivität. So erklärt sich, dass alljährlich in den großen

vor dem Hintergrund ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse im deutschen Journalismus. Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV) und der Gesellschaft für Fachjournalistik. Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der FU Berlin (Arbeitsstelle Journalistik): Berlin 2010. S. 13. [Gefunden unter: www.dfjv.de/documents/10180/178294/DFJV_Studie_Politikjournalistinnen_und_Journalisten.pdf]

¹⁰ Dies., S. 50f.

Nachrichtenformaten des Fernsehens ausführlich über den so genannten »Christopher Street Day« informiert wird und der Frankfurter Ostermarsch 2017 trotz seiner bescheidenen 3.500 Teilnehmer in den *Tagesthemen* seinen festen Platz findet, wohingegen rund 7.000 Bürger, die 2016 in Berlin an einem »Marsch für das Leben« teilnahmen, um gegen Abtreibung und Sterbehilfe zu demonstrieren, nur in der Regionalpresse vorkamen. Wenn eine junge Frau mit Down-Syndrom auf einer von den Veranstaltern errichteten Bühne vor dem Berliner Reichstag erklärt, warum sie gerne am Leben ist, und sie sich später anhören muss: »Hätte man euch abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben«, weil linksautonome Sprechchöre den Demonstrationszug mit derlei geistreichen Reimen begleiten, regt das in Deutschland offenbar niemanden auf. Man hätte nur wenige Variablen verändern müssen, um einen Aufschrei der Empörung zu provozieren, der bis nach Flensburg und Passau und wahrscheinlich bis ins Ausland zu hören gewesen wäre, Anklagen wegen Volksverhetzung nicht ausgeschlossen: Ersetze Mensch mit Down-Syndrom durch Migrant, ersetze Lebensschützer durch Links-Aktivisten und ersetze die Gegendemonstranten durch Pegida-Anhänger. Das ist zwar ein fiktives Szenario. Es lässt sich jedoch durch ein anderes

Beispiel aus der Wirklichkeit belegen.

Nur eine medial gelenkte öffentliche Wahrnehmung erklärt nämlich, dass ein Merkel-Gabriel-Galgen auf einer Pegida-Demonstration am 12. Oktober 2015 als Skandalmeldung den Weg in fast jedes deutsche Massenmedium findet, wohingegen die auf einer von Linken organisierten Anti-TTIP-Demonstration aufgefahrne blutbefleckte Guillotine, auf der der Name von Sigmar Gabriel steht, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt wird. Die Autoren, die die Meldungen lancieren, fühlen sich – auf der Grundlage der linken Programmatik und Dogmatik, der sie von Jugend auf verbunden sind – von der Überzeugung getragen, die richtigen Dinge »vermitteln« und den falschen kein großes Publikum verschaffen zu dürfen. Das Ergebnis ist eine solche Einseitigkeit in der Berichterstattung, wie man sie sonst nur von staatlich kontrollierten Medien in totalitären Systemen kennt. Und der Fachterminus dafür lautet: Propaganda. In der breiten Bevölkerung sorgt diese Propaganda für eine unterschiedliche Bewertung von rechten und linken Überzeugungen. Wenn dann, wie im Frühjahr 2017 geschehen, *Tagesthemen*-Moderatorin Caren Miosga oder ihr Pendant von *heute+* mit stolzer Brust die Ergebnisse der aktuellen Umfrage zur Akzeptanz von Homosexualität in der

Gesellschaft verkünden darf, die selbstverständlich so hoch ist, wie es die jahrzehntelange Links-Propaganda erwarten lässt, so gleicht das dem, was Theologen ein *vaticinium ex eventu* nennen, eine Prophezeiung, die sich bereits selbst erfüllt hat. Müssen sich die Meinungsmacher aus Presse, Funk und Fernsehen das, was sie jahrzehntelang durch einseitige Artikel, Rundfunk- und Filmbeiträge selbst herbeipropagiert haben, auch noch selbst bestätigen? In der russischen oder türkischen Gesellschaft, wo die Medien nicht in der festen Hand des links-intellektuellen Mainstream sind (allerdings aus den falschen Gründen: nicht wegen mehr, sondern wegen weniger Meinungsfreiheit), dürften bei entsprechenden Umfragen ganz andere Ergebnisse zu erwarten sein. Solche Statistiken sagen also letztlich nur etwas aus über die Wirksamkeit von medial durchexerzierter Propaganda.

Auffällig – und das passt selbstverständlich bestens ins Bild – ist auch das Missverhältnis zwischen der massenmedialen Behandlung konservativer Politiker und solcher, die dem linken Spektrum zuzurechnen sind. Bundespräsident a.D. Wulff und Verteidigungsminister a.D. zu Guttenberg dominierten die Schlagzeilen der deutschen Leitmedien wochenlang, als ihnen Fehlverhalten nachgewiesen wurde. Vergleichsweise wenig

Aufsehen erregten der Steinwurf Joschka Fischers gegen einen Polizisten und die Pädophilie-Vorwürfe gegen führende Grünen-Politiker. Die mediale Großkampagne zur Demontage von Volker Beck, Jürgen Trittin und Daniel Cohn-Bendit, allesamt so treue Gefolgsleute der hedonistischen Achtundsechziger-Agenda (zu der ja die Forderung nach sexueller Libertinage gehört), dass ihnen die Befürwortung von Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern nachgewiesen werden konnte¹¹, blieb aus. Dabei hätte man ja die These, ob derart diskreditierte Leute nicht eher an die frische Luft gesetzt gehören als in die parlamentarische Arbeit, durchaus mal in den Raum stellen und auch gern so verbissen daran festhalten können wie in den Fällen Wulff und zu Guttenberg.

Auch ohne sich mit Belegen aus Wissenschaft und Forschung zum Thema der postulierten Gleichrangigkeit von hetero- und homosexueller Lebensform beschäftigt zu haben (was in Ansätzen im folgenden Kapitel geschehen soll), muss an dieser Stelle ins Gedächtnis gerufen werden, was viele beim Umgang mit dem Thema vergessen zu haben scheinen: Artikel 4 des

¹¹ »Volker Beck täuschte Öffentlichkeit über Pädophilie-Text«. 20.9.2013. Gefunden auf der Webseite von *Spiegel-Online* unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-um-gruene-volker-beck-taeschte-oeffentlichkeit-a-923357.html>

Grundgesetzes garantiert allen Bundesbürgern:

Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses [...].

Und Artikel 5 ergänzt:

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...].

Es muss also an dieser Stelle einmal ganz klar und deutlich gesagt werden: Niemand hat in dem Staat, für den das Grundgesetz gültig ist, kein *Heute-Journal*-Moderator und keine *taz*-Chefredakteurin, kein Bundessprecher von Bündnis 90/Die Grünen und kein CDU-Generalsekretär, keine Bundeskanzlerin und kein Bundespräsident, niemand hat ein Mandat, dem deutschen Bundesbürger, der sich zu einem Thema seine ganz persönliche Meinung gebildet hat, dafür ein Zeugnis auszustellen. Ob ich gelebte Homosexualität so famos finde wie Volker Beck oder Klaus Wowereit und mich mithin auf die Seite von Linken, Grünen und SPD stelle oder ob ich sie (als Perversion des natürlichen Geschlechtstriebes) so verkehrt finde wie der 2017 verstorbene einstige Kölner Kardinal Joachim Meisner oder Papst Benedikt XVI. und somit eher konservativen Standpunkten zuneige, **das ist ganz allein meine Sache und ich muss mich dafür vor niemandem**

rechtfertigen. Ich darf für mich dafür dieselbe Meinungs- und Gewissensfreiheit in Anspruch nehmen wie dafür, ob ich Lionel Messi oder Cristiano Ronaldo für den besten Fußballer der Welt halte. Der Anspruch, mich in irgendeiner Form bevorzugen, maßregeln oder meine Meinung mit eigens dazu geschaffenen Begriffen («Du bist ja messiphob!«) diffamieren zu dürfen, nur weil ich der Stimme meines Gewissens folge, ist vermessen und verträgt sich nicht mit demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien.

»Die Parteien wirken«, so sieht es Artikel 21 des Grundgesetzes vor, »bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«, die Medien berichten – nach Möglichkeit objektiv – darüber, aber der Bundesbürger ist souveräner Herr über das, was er glaubt und denkt. Er muss sich von niemandem sagen lassen, dass er seine Meinung gefälligst zu ändern habe. In vollem Umfang tolerabel sind in einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaftsordnung, solange keine Straftatbestände erfüllt sind, von der Mehrheitsmeinung abweichende Ansichten, nicht tolerabel ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch selbsternannte Großinquisitoren aus Politik, Presse, Bildungs- und Kulturbetrieb.

3. Die wissenschaftliche Forschung liefert keine Legitimation für die »Ehe für alle«

Ein großes Problem bei der Forderung nach einer »Ehe für alle« ist, dass nicht erforscht ist, wie sie sich langfristig auswirkt. Ein so massiver Eingriff in das Wertesystem unserer Nation, wie es die Abschaffung der traditionellen Ehe ist, bedarf jedoch der Legitimation. Eine solche Legitimation ließe sich beispielsweise dadurch erzielen, dass der Nachweis des universellen Nutzens für die Gemeinschaft erbracht wird, die eine solche Öffnung der Ehe bringen würde. Doch dieser Nutzen ist bloßes Desiderat. Wozu, diese Frage sei an dieser Stelle gestattet, wozu eigentlich Forschungen in der Medizin, in der Psychologie, wozu Geisteswissenschaften wie Geschichte und Philosophie, wozu Forschungen zu Religion und Anthropologie, wenn wir daraus nichts lernen? Lernen ließe sich etwa aus der Kulturgeschichte der Menschheit, was menschliche Gesellschaft konstituiert und was sie zersetzt. Warum sind die westlichen Gesellschaften nicht bereit, bei einem für sie alle so elementaren Thema die Quellen zu befragen, die zu unserer eigenen Geschichte vorliegen? Warum

suchen die – zumindest im internationalen Vergleich – so gut bezahlten Forscher und Wissenschaftler an deutschen Universitäten nicht seit Jahren mit allergrößtem Eifer nach Belegen und Vorbildern in der Menschheitsgeschichte, die als Folie dafür dienen können, dass die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eine gute Sache ist? Mir sind zahlreiche Lehrstühle zur Genderforschung, Forschungsrichtungen und -disziplinen bekannt, in denen Linkstheoreme (z.B. die Agenda des Feminismus) die Leitlinien vorgeben. Fast immer geht es dabei darum, die bereits vorher ideologisch festgelegten Lehrsätze durch Belege im Untersuchungsmaterial zu festigen; auch hier also herrscht das Prinzip der sich selbst erfüllenden Verheißungen: Ich postuliere Gender-Gerechtigkeit, dann stelle ich fest, dass es sie nicht gibt, und am Ende der pseudo-innovativen Betrachtungen steht dann ein so umstrittenes Produkt wie die *Bibel in gerechter Sprache*, die natürlich mit dem, was in den historischen Quellen steht, die ihr zugrunde liegen, nicht mehr viel zu tun hat und streng wissenschaftlich gesehen grober Unfug ist. Noch abstruser muten die Forschungen im so genannten Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Berliner Humboldt-Universität an, deren Gender-Expertin, Professor Dr. Lann Hornscheidt,

Anfang Mai 2014 ein beachtliches Medienecho auslöste mit ihrem Vorschlag – es klingt nach Satire, ist aber Wahrheit –, im Deutschen als neutrale Endung für Nomen, die ein Problem der Gendergerechtigkeit aufweisen, wie beim Comichelden *Asterix* ein X einzuführen, also *Professx* statt Professor/Professorin und *Studierx* statt Student/Studentin, dazu als Fragepronomen das neue Wort *wex*¹². Dabei würde ein einziger Blick auf die aktuellen und zum Teil bereits erfolgsgekrönten Ambitionen um Gendergerechtigkeit in der Sprache genügen, um zu entlarven, wie wenig ernst es den selbsternannten Gerechtigkeitsfanatikern tatsächlich mit der totalen sprachlichen Ausgewogenheit bei allen in Frage kommenden Nomen ist: Niemals hat jemand nämlich ernstlich Anspruch darauf erhoben, dass doch bitte von Mördern und Mörderinnen, von Dieben und Diebinnen, von Betrügnern und Betrügnern oder Lüggnern und Lüggnern zu sprechen sei, wenn der Inhalt einer Rede, Mitteilung oder Erklärung dies erfordert. Auch von Stehlenden und Mordenden ist verblüffend wenig die Rede,

¹² »Wie Genderforscherin Lann Hornscheidt ihren Vorschlag begründet«. 1.5.2014. Gefunden auf der Webseite von *Der Tagesspiegel* unter: <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/studierx-und-professx-wie-genderforscherin-lann-hornscheidt-ihren-vorschlag-begrundet/9831950.html>

obwohl das im Plural geschlechtsneutrale Partizip 1 sich sonst im Lager der feministischen Sprachputschisten immenser Beliebtheit erfreut. Es scheint fast so, als wären Frauen genetisch nicht für Verbrechen und Unwahrheiten disponiert. Viren und Bakterien sind nicht Mann, nicht Frau; gleichwohl käme niemand auf die Idee von Krankheitserregerinnen (auch nicht mit dem umstrittenen großen Binnen-I) zu sprechen, um den geschlechtslosen Wesen zu den Genderrechten zu verhelfen, auf die sie leichtfertig verzichteten, würden sie sich weiter konsequent als Erreger bezeichnen lassen. Die weibliche Form ist in all diesen Fällen gleichsam ausgestorben, ehe sie das Licht der Welt erblicken konnte. Somit ist klar, dass es hier nicht um Wissenschaft geht und auch nicht um Gerechtigkeit (denn dann dürfte die Semantik der Wörter unerheblich sein), sondern, wie es auch die Frauenrechtlerin Marlene Streeruwitz offen einräumt¹³, um einen ganz profanen Kampf um Macht und Einfluss, in dem negativ besetzte Begriffe, denen Gendergerechtigkeit widerfährt, den selbsternannten Umkremlern der

¹³ »Machtausübung durch Herabwürdigung« und die »Frau als Objekt der Schmähung« sind für die Autorin vordringliche Probleme unserer Zeit. Vgl. »Marlene Streeruwitz über Trump: Maskulinismus an der Macht«. 19.11.2016. Gefunden auf der Webseite von *Der Standard* unter: <http://derstandard.at/2000047784878/Marlene-Streeruwitz-ueber-Trump-Maskulinismus-an-der-Macht>

alten Ordnung keine Vorteile verschaffen. Ideologische Erstarrung erklärt auch die erstaunliche Blindheit postmarxistischer Politik- und Sozialwissenschaftlerinnen wie der Berliner Professorin Astrid Albrecht-Heide für die grotesk anmutende Doppelmoral, die sich offenbart, wenn sie die Kolonialpolitik des Westens im 20. Jahrhundert kritisieren und gleichzeitig selbst eine Art von kolonialer Usurpation betreiben, indem sie die deutsche Sprache ohne Mandat (sondern allein aufgrund eines anmaßenden Selbstverständnisses, letzte Wahrheiten zu vertreten) mit sprachlichen Fremdkörpern wie dem großen I in »ProfessorInnen« besiedeln. Nebenbei bemerkt: Auch das apodiktische Selbstverständnis des Feminismus, die letzten Wahrheiten über das Verhältnis zwischen Mann und Frau in der Gesellschaft zu vertreten, ist eine dogmatische Engführung, deren Legitimation viel mehr Menschen in Frage stellen, als es angesichts der oft einseitigen Berichterstattung den Anschein hat. Die Publizistin Birgit Kelle, Autorin des Buches *Muttertier*¹⁴, spricht für viel mehr Frauen als eine Alice Schwarzer oder Marlene Streeruwitz, wenn sie feststellt: Die klassische Rollenverteilung zwischen einem arbeitenden Mann und einer Frau, die sich um die Kindererziehung kümmert, »ist das am

¹⁴ Kelle, Birgit: *Muttertier. Eine Ansage*. Basel 2017.

meisten gelebte Familienmodell in Deutschland [...] – warum unterstützen wir das nicht?«¹⁵ Statt dem natürlichen Lauf der Dinge freie Bahn zu lassen, werde mittels teurer Ersatzstrukturen ein aberwitziger »Nanny-Staat«¹⁶ errichtet, dessen ideologischen Überbau abgehobene, abstrakte universitäre Forschungen wie die am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität liefern, die mit der Alltagswirklichkeit der Menschen nichts zu tun haben.

Angesichts solcher Absurditäten stellt sich die Frage, ob nicht bei anderen Forschungsschwerpunkten mehr Aussicht auf lückenlose und plausible Argumentationsketten bestünde. Warum das Geld des Steuerzahlers – wenn es denn nach Lage der Dinge unbedingt Argumente für postmarxistische Dogmen liefern muss – nicht lieber ausgeben für Forschungen, die zweifelsfrei belegen, dass es in der Menschheitsgeschichte dauerhaft blühende und vitale Hochkulturen gegeben hat, deren Fundament eine promiskuitive Vermischung der Geschlechter und eine Aufhebung der Mann-Frau-Dichotomie als Keimzelle der Gesellschaft waren? Den mündigen Bürger, dem die Homo-Ehe ad hoc als Nonplusultra des vernunftbegabten

¹⁵ »Der Mutterstreit«. In: FOCUS 29/2017, S. 42.

¹⁶ Ebd.

Menschen übergestülpt wird, müssen solche Forschungsergebnisse als Argument zu der schwierigen Thematik doch interessieren. Aber leider sind ihm solche Hochkulturen bisher nicht zur Kenntnis gebracht worden. Entweder kann die Forschung hier nicht fündig werden oder sie fürchtet, hier nicht fündig werden zu können.

Was wir dagegen zweifelsfrei belegen können, ist, dass es nach dem Wirken eines gewissen Jesus Christus auf diesem Planeten den beispiellosen globalen Siegeszug einer friedliebenden und mit ebenso strikten wie klaren ethischen Normen versehenen Bewegung gegeben hat. Diese Bewegung war im sexuellen Bereich eher restriktiv und einer ihrer wichtigsten Repräsentanten, gleichsam ihr Chef-Theologe, der Apostel Paulus, hat die gleichgeschlechtliche Liebe als »Schande« (cf. Römer 1,26f.) geächtet. Wer die Bibel als Fundament des christlichen Glaubens und seiner Ethik ernst nimmt, kann das nicht unbeachtet lassen und auch nicht einfach mit Rudolf Bultmann als zeitbedingt abtun. Er hat doch dazu als Adept (und nicht Urheber) der Lehre gar kein Mandat. Belegen lässt sich auch, dass diese Bewegung sich gegenüber einer Kultur des Hedonismus wie im späten Rom als die wesentlich vitalere erwiesen und diese als untergehende hinter sich gelassen hat.

Ein paar Jahrhunderte später setzte noch einmal eine von religiösen Überzeugungen und klaren ethischen Normen geprägte, äußerst vitale Massenbewegung ein gewaltiges Ausrufezeichen in der Menschheitsgeschichte, vielleicht nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, da ihre Vorgängerbewegung, nachdem sie sich institutionalisiert hatte, bereits die ersten Verfallssymptome und Verirrungen aufwies. Kein Wunder also, wenn einer der führenden französischen Intellektuellen, Michel Houellebecq, in seinem satirischen Roman *Unterwerfung* eine moderne, aber marode und vor allem säkulare europäische Gesellschaft zeigt, die von der vitaleren islamischen Bevölkerungsschicht binnen kürzester Zeit absorbiert wird. Homo-Ehe, Abtreibung und Frauenarbeit lehnen die Muslime ab. Islamische Gelehrte sehen nämlich, so zeigt es der Roman, gerade darin den Grund für den Untergang des Abendlandes, das sie übernehmen wie ein insolventes Unternehmen. Der liberale Individualismus der abendländischen Kulturen habe seine Niederlage besiegelt, »als er die Kernstruktur der Gesellschaft, die Familie, und damit den Bestand der Bevölkerung angegriffen habe«, lässt der Autor einen islamischen Uni-Präsidenten bilanzieren.¹⁷ Damit legt er den Finger in die

¹⁷ Houellebecq, Michel: *Unterwerfung*. Köln 2015. S. 244.

Wunde der westlichen Kulturen. Und diese Wunde ist das Festhalten an Überzeugungen, die in einer Ideologie wurzeln, die politisch bereits tot war und jetzt als Zombie mit dem, was man an ihr noch für lebensfähig hält, immer noch durch die westlichen Zivilisationen geistert. Gemeint ist der Marxismus der Achtundsechziger, den Houellebecq immer wieder mit sarkastischen Seitenhieben bedenkt und der schon in dem Roman *Elementarteilchen* im Zentrum seiner Gesellschaftskritik stand. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion und angesichts der traurigen Anblicke, die die bis heute verbliebenen Staaten des real existierenden Sozialismus, Kuba und Nordkorea, bieten, muss eine Ideologie schon überzeugende Argumente liefern, um ihr zuzutrauen, dass sie eine Gesellschaft in eine gute Zukunft führt. Der berühmte französische Intellektuelle hat dieses Vertrauen offenbar schon lange verloren: Der Zusammenbruch einer Kultur erfolge, greift Houellebecq in *Unterwerfung* einen Gedanken des britischen Kulturtheoretikers Arnold J. Toynbee auf, nicht durch einen militärischen Angriff von außen, »sondern dadurch, dass sie an sich selbst zugrunde geht«¹⁸. Aber es ist

¹⁸ Ders., S. 228.

erstaunlich, dass der französische Romancier mit seinen Ansichten eine nahezu singuläre Stimme im zeitgenössischen Diskurs ist, gerade wenn man sich vor Augen führt, was für ein beispielloser Bruch mit der bisherigen Menschheits- und Zivilisationsgeschichte die Umdefinition der Ehe und ihre Loslösung von der Mann-Frau-Dichotomie ist. Neben dem von Houellebecq genannten Zivilisationskritiker Toynbee, der der menschlichen Vernunft als Maß aller politischen Entscheidungen misstraut, verweist auch sein Zeitgenosse Christopher Dawson in seinen historischen Forschungen auf das Christentum als geistigen Mittelpunkt der kulturellen Einheit Europas, als einigendes Band, das Europa zusammenhält. Er sieht in Europa eine Gemeinschaft der christlichen Werte und ohne diese Werte kein Europa. Auch der renommierte Harvard-Politologe Samuel P. Huntington urteilt in seinem Hauptwerk *Kampf der Kulturen* von 1996: »Das westliche Christentum [...] ist historisch gesehen das wichtigste Charakteristikum der westlichen Kultur.«¹⁹ Doch die Argumentation konservativer Gelehrter wie Dawson, Toynbee und Huntington fällt nicht auf

¹⁹ Huntington, Samuel P.: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (Spiegel-Edition Band 11). Hamburg 2006. S. 100.

fruchtbaren Boden, wo man sich bereits auf ein Welt- und Menschenbild festgelegt hat, das mit ihrem Denken a priori unvereinbar ist.²⁰ Die konservative Weltdeutung gilt als überholt und ihre Anhänger scheiden damit als Ratgeber aus. An deutschen Universitäten sind die Linkstheoretiker der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno, Habermas) sowie die französischen Philosophen Jacques Derrida, Michel Foucault und Jacques Lacan allgegenwärtig und gelten vielerorts als Maß aller Dinge. Insbesondere der homosexuelle Foucault, der 1984 an den Folgen einer AIDS-Erkrankung starb, nachdem er in San Franzisko seine dunklen, sadomasochistischen Triebe mit maximaler Hemmungslosigkeit ausgelebt hatte²¹, dürfte sich als Kronzeuge für die Verbindung von Hedonismus und Linksintellektualismus bestens eignen.

Auch naturwissenschaftliche Forschungen haben meines Wissens bisher – hier allerdings begeben sich auf dünnes Eis, weil ich kein Naturwissenschaftler bin – keine hinlängliche Legitimation liefern können, dass die »Ehe für alle«

²⁰ Ein in beispielhafter Weise dem Geist des Postmarxismus verpflichteter Gegenstandspunkt zu Huntington findet sich in: Trojanow, Ilija & Ranjit Hoskote: *Kampfabsage. Kulturen bekämpfen sich nicht – sie fließen zusammen*. München 2007.

²¹ Vgl. Miller, James: *Die Leidenschaft des Michel Foucault. Eine Biographie*. Köln 1995.

das bessere Konzept ist. Die einzige mir bekannte Untersuchung liefert eher Argumente gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Einer schriftlichen Stellungnahme der Medizinerin Christl Ruth Vonholdt (Leiterin des Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft sowie Sachverständige in Sachen Adoptionsrecht für homosexuell lebende Paare vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages) zufolge gibt es keine einzige zuverlässige wissenschaftliche Untersuchung, die den Nachweis der Gleichrangigkeit homosexueller gegenüber heterosexueller Elternschaft liefert. Vonholdt bezieht sich dabei vor allem auf die im Januar 2003 in der medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* veröffentlichte Untersuchung *Mortality, severe morbidity, and injury in children living with single parents in Sweden: a population-based study* von Gunilla Ringbäck Weitoft, Anders Hjern, Bengt Haglund und Måns Rosén.²² Die Studie weist nach, dass bei Kindern, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, mit einer wesentlich höheren Rate an psychischen Störungen zu rechnen ist. »Kinder mit einem Elternteil wiesen ein erhöhtes Risiko zu psychischen Erkrankungen, Suizid oder Suizidversuch, Verletzungen und

²² Erschienen in: *The Lancet* 361. London 2003. S. 289ff. Im Internet zu finden unter: [http://dx.doi.org/10.1016/S0140-6736\(03\)12324-0](http://dx.doi.org/10.1016/S0140-6736(03)12324-0)

Suchtverhalten auf«²³, fassen die Autoren ihre Untersuchungsergebnisse zusammen. Bei Jungen sei zudem eine höhere Anzahl von Unfällen zu verzeichnen gewesen. Die Stellungnahme Vonholdts, die in die Ära der Schröder-Administration fällt, hat, wie zu erwarten war, medial kaum Widerhall gefunden. Natürlich ist Vonholdts Prämisse, dass das Fehlen eines Elternteils durch einen Partner desselben Geschlechts nicht oder nicht hinreichend kompensiert werden kann, angreifbar; alarmierend ist diese Studie aber allemal. Denn auch die Gegenposition, die der Befürworter eines Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare, die annehmen, dass die Rolle des fehlenden Elternteils durch einen »zweiten Vater« bzw. eine »zweite Mutter« ohne Komplikationen und mögliche Spätfolgen für das Kind übernommen werden kann, ist höchst umstritten. Die Publizistin Birgit Kelle glaubt nicht daran, dass zwei gute Väter eine gute Mutter ersetzen können. Ihre Kernthese lautet: Vater- und Mutterrolle sind nicht wie Texte in theorielastigen Uni-Seminaren dekonstruierbar; ein Vater ist in seiner Vaterrolle unaustauschbar und eine Mutter in ihrer Mutterrolle genauso. Kelle argumentiert:

²³ Das Zitat entstammt dem Schlusskapitel der in der vorigen Fußnote genannten Studie.

Der natürlichste Lebensraum für ein Kind ist es, bei dem Vater und der Mutter groß zu werden, die es gemeinsam gezeugt haben. Die Natur ist unempfänglich für experimentelle Familiendefinitionen. Steht der Urzustand nicht zur Verfügung, ist die Konstellation, die dem am nächsten kommt, schlicht ein anderer Mann mit einer anderen Frau. Die gute Nachricht in unserem Land ist: Das können wir bieten. Um jedes Kind, das zur Adoption frei steht, rangeln im Schnitt sechs adoptionswillige Paare aus Mann und Frau. Jede Wühlmaus im Acker und jedes Kraut in der Elbvertiefung kann in Deutschland darauf hoffen, im natürlichen Lebensraum gedeihen und wachsen zu dürfen. Warum sollten wir Kindern das nicht auch bieten [...].²⁴

Würde man aufgrund solcher Bedenken homosexuellen Paaren das Adoptionsrecht verwehren, wäre allerdings zu fragen, welchen Sinn es noch hat, sie eine Ehe eingehen zu lassen; denn eine völlige Gleichstellung, wie sie ein Trauschein symbolisiert, wäre ohne Adoptionsrecht ausgeschlossen. Die Befürworter der »Ehe für alle« führen daher Forschungen ins Feld, die belegen sollen, dass es für das Kindeswohl unerheblich sei, ob sie von Eltern verschiedenen oder gleichen Geschlechts aufgezogen werden. Der FOCUS verwies in seiner eine Woche nach der Bundestagsabstimmung vom 30. Juni 2017 erschienenen Ausgabe in einem Artikel mit dem Titel »Die Kinder des Regenbogens« auf die am meisten zitierte Studie zu dem Thema, die der Soziologin Marina Rupp, »die

²⁴ FOCUS 10/2017, S. 51.

auf Interviews mit 625 Paaren und 95 Kindern aus Regenbogenfamilien beruhte.«²⁵ Rupps Ergebnis: Unterschiede in der Entwicklung zwischen Kindern von Paaren mit gleichem Geschlecht und Kindern aus normalen Familien seien kaum festzustellen. Doch die Studie weist ein beträchtliches Defizit auf: Das Institut für Jugend und Gesellschaft bemängelte, »dass sich die positiven Schlüsse weitgehend auf Aussagen der Eltern stützten. Elternurteile aber seien, wenn es um den eigenen Nachwuchs gehe, nun einmal unzuverlässig.«²⁶ Rupps Resultate sind in den Augen ihrer Kritiker nicht aussagekräftiger als die einer Umfrage zur Beliebtheit der Grünen unter lauter Mitgliedern der Partei.

Wer sich mit den entsprechenden Suchbegriffen selbst auf eine Erkundungsreise durch die Weiten des Internets begibt, wird weitere Beispiele finden, jede Menge widersprüchlicher Aussagen, die zeigen: Es herrscht zu dem Thema keine Einmütigkeit in der Forschung. Je nachdem, welchem ideologischen Lager die Forscher zuneigen, werden, ganz ähnlich wie bei der Beurteilung des Herbizids Glyphosat, unterschiedliche Ergebnisse präsentiert. Klar ist damit nur eines: dass die Eben-

²⁵ FOCUS 28/2017, S. 33.

²⁶ Ebd.

bürtigkeit von hetero- und homosexueller Partnerschaft (mit Kind) wissenschaftlich *nicht* zweifelsfrei erwiesen ist. Normalerweise sieht die Politik in solchen Fällen von folgen-schweren Gesetzesänderungen ab. Warum nicht auch hier?

4. Unter der Lupe: Wo hat das Postulat der »Ehe für alle« seinen Ursprung?

Oben äußerte ich mit Blick auf den Kulturkritiker Houellebecq Erstaunen, dass er mit seinen Ansichten eine nahezu singuläre Stimme im zeitgenössischen Diskurs ist. Andererseits ist es auch wieder nicht erstaunlich und der Autor selbst wundert sich darüber anscheinend auch nicht, denn die »Achtundsechziger seien zwar aussterbende progressistische Mumien [...], doch sie hätten sich in die Zitadellen der Medien flüchten können«, und von hier aus »verfluchen« sie »lauthals«²⁷, was sie für fluchwürdig halten. Was Houellebecq dem neuen französischen Staatsoberhaupt Ben Abbes in seiner Fiktion in den Mund legt, ist nichts anderes als eine radikale Kritik an den Medienschaffenden unserer Zeit und eins zu eins auf die Lage in Deutschland übertragbar. Die Kernthese: Die Leitmedien und die Hochschulen (der Roman spielt im universitären Umfeld), also die klassischen »Meinungsmacher«-Orte der westlichen Nationen, sind durchseucht mit den Resten der Achtundsechziger-Ideologie, für die in den nachfolgenden Aus-

²⁷ Houellebecq, S. 132f.

führungen der präzisere Begriff Postmarxismus verwendet wird. Zu verstehen ist darunter eine Weltanschauung, die sich aus denjenigen ideologischen Resten des Marxismus zusammensetzt, die die fehlgeschlagenen sozialistischen Großprojekte des 20. Jahrhunderts (also Stalins Sowjetunion, Maos China, Pol Pots Kambodscha, Ho Chi Minhs Vietnam) und das Ende des Eisernen Vorhangs überstanden haben und an deutschen Universitäten (Stichwort Frankfurter Schule) immer noch Einfluss auf die geisteswissenschaftliche Forschung haben. Auf kongeniale Weise verbinden diese Trümmer sich mit dem immer noch virulenten, längst salonfähig gewordenen Hedonismus der Achtundsechziger (den vor allem Herbert Marcuse theoretisch unterfütterte) und wirken dank dieser Allianz frisch, modern und aufgeklärt; man könnte auch sagen: »hip«. Die Ideologie der Achtundsechziger und ihrer Erben in den linken Parteien der Bundesrepublik (Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und, mit Abstrichen, SPD) ist, wie der Marxismus, auf den die Anhänger der Bewegung sich berufen haben, stark dogmatisch. Ihre schärfste Ausprägung führte direkt in den Links-Terrorismus der RAF und der italienischen Roten Brigaden. Doch auch in ihrer weniger scharfen Ausprägung neigt sie, wie jede Ideologie, zu Intoleranz und zur

Diffamierung Andersdenkender, weswegen auch die Bezeichnung der Postmarxisten als *Linksliberale* irreführend ist, denn gerade die *Freiheit* anders zu denken wird von ihnen, wie im zweiten Kapitel exemplifiziert, konsequent in Frage gestellt. Dass es vielen Linken schwerfällt, das Existenzrecht anderer Parteien und Gesinnungen zu akzeptieren, gab Gregor Gysi, einer der führenden Repräsentanten des Postmarxismus in Deutschland, in einem Interview mit dem SPIEGEL auch freimütig zu. Als Grund dafür führte der einstige PDS-Vorsitzende an, dass »wir natürlich von Geburt an davon ausgehen, immer im Recht zu sein.«²⁸ Man findet den postmarxistischen Anspruch auf Deutungshoheit aber auch jenseits der Parteipolitik, etwa wenn Gegenpositionen mit einem medialen Bannstrahl geahndet werden wie in den oben geschilderten Beispielen Naidoo und Hermanis. Es geht in diesem Kapitel aber nicht darum, Kapitel zwei noch einmal mit anderen Worten zu wiederholen, sondern *ad fontes* zu gehen, zu den Ursprüngen der Bewegung, um so ihre Ziele und Motive besser zu verstehen und im Anschluss zu einer Einschätzung zu gelangen, ob diese Ziele dem Wohle einer Gesellschaft dienen oder eher nicht.

²⁸ DER SPIEGEL 53/2015, S. 33.

Versucht man eine Gesamtschau dessen, was die Achtundsechziger wollten, kommt man in etwa auf folgendes Programm:

- Kampf gegen faschistoide Tendenzen in der Gesellschaft
- Antimilitarismus und Pazifismus; Ablehnung des Krieges als Mittel der Verteidigung der eigenen Kultur und Heimat
- Durchsetzung des sozialistischen Gesellschaftsmodells
- »freie Liebe« ohne gesetzliche Bindung an einen Partner und Überschreitung der Grenzen, die gesellschaftliche Konventionen ziehen,
- Stärkung der Frauenrechte (Feminismus), was auch das Recht auf eine selbst bestimmte Sexualität und folglich auf legale, durch die Krankenkasse zu deckende Schwangerschaftsabbrüche einschließt,
- Entkriminalisierung von Drogenkonsum
- Abkehr vom traditionellen Christentum, das eine Einschränkung der individuellen Freiheit vorsah, stattdessen Atheismus in der Tradition des Marxismus

bzw. Öffnung für esoterische oder fernöstliche religiöse Lehren oder ein nach den Thesen der Befreiungstheologie uminterpretiertes Christentum

- zurück zur Natur im Sinne Rousseaus und praktischer Umwelt-, Natur- und Tierschutz.

Was sofort auffällt, ist der hedonistische Ansatz der Forderungen und auch Norbert Frei, Autor einer Biografie über die Bewegung, stellt fest, dass an ihrem Anfang die »hedonistischen Happenings«²⁹ der Hippie-Kultur in San Franzisko standen, gern auch mit den Begriffen »Sex und Drogen und Rock 'n' Roll« umschrieben. Eine Studentin von damals lässt er die Kernthemen der Bewegung wie folgt zusammenfassen:

- leichte Verfügbarkeit und Akzeptanz von Drogen, welche neue Horizonte (»a whole new area of possible experiences«) eröffnet
- freie Liebe und Offenheit
- die Würde des Einzelnen und der Wert zwischen-

²⁹ Frei, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München 2008. S. 58.

menschlicher Beziehungen

- die Zerstörungsmacht rigider, von außen kommender Autoritäten³⁰

Mit anderen Worten, den Anhängern der Bewegung ging es vor allen Dingen um Intimität und Bewusstseinsweiterung, ihre Hilfsmittel waren Sex und Drogen und ihr entschlossener Widerstand richtete sich gegen diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die ihnen bei der Durchsetzung ihrer Wünsche im Weg standen. Über Bord geworfen werden musste deshalb auch das als restriktiv empfundene Ethos des Christentums, wie es den deutschen Achtundsechzigern in der katholisch geprägten Adenauer-Ära begegnet war. Der Glaube an den einen Gott der Bibel war mit dem atheistischen Marxismus unvereinbar. Komplett areligiös war die Bewegung gleichwohl nicht: Strömungen fernöstlicher Religionen, deren meditative Komponenten sich mit bewusstseinsweiternden Rauschgiften kongenial ergänzten, nahmen den verwaisten Platz des tradierten Glaubens ein. Rausch, Ekstase und andere sowohl psychische als auch physische Grenzüberschreitungen wurden angestrebt, die bei der bodenständigen Elterngeneration

³⁰ Ders., S. 60 (Übersetzung von mir).

zumeist Entsetzen auslösten.

Hedonismus war die Triebfeder, die entscheidende Keimzelle der Bewegung und ihre politischen Forderungen zielten auf die Errichtung eines Sozialismus bzw. die Verwirklichung sozialer und pazifistischer Utopien, die für die erstrebte »revolutionäre« Lebensform die nötigen Freiräume schaffen sollte. Im Postulat einer neuen, freien Ordnung für autoritätsmüde junge Menschen, die mit den bestehenden sozialen Strukturen, Traditionen und Konventionen nicht mehr zurechtkommen, wurzelt die aktuelle Forderung nach einer Neudefinition der bürgerlichen Ehe. Mühelos lässt die »hippe«, unbourgeoise »Ehe für alle« sich als Desiderat des Postmarxismus identifizieren und verräterisch ist der bunte Konfettiregen, mit dem Volker Beck und seine Gesinnungsgenossen den Erfolg ihres mit demokratischen Mitteln durchgeführten Umsturzversuchs im Deutschen Bundestag am denkwürdigen 30. Juni 2017 zelebrierten. Nach fünfzig Jahren sind die Hippies von einst gleichsam am Ziel: Die Ordnung, die ihnen nicht mehr passte, wird nun passend gemacht. Und natürlich ist es kein Zufall, dass fast zeitgleich in vielen Ländern, die von der Achtundsechziger-Bewegung heimgesucht wurden, ein anderes der Ur-Postulate der Bewegung kurz davor ist, die Gesetzeshürden zu

nehmen: die, zumindest bedingte, Legalisierung von Drogen.

So weit der Befund. Die Frage, die man sich nun, bei der Betrachtung des größeren Ganzen, stellen muss, lautet: Was spricht eigentlich dafür, dass das, was von der revolutionären Agenda dieser Bewegung nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist, nicht trotzdem genau solcher Müll ist, politischer Unrat, der nur etwas später zu stinken beginnt? Zumindest dürfte doch wohl klar sein, dass die Beweislast bei ihr liegt und nicht bei den Anhängern des Status quo. Doch genau diese Diskussion, ergebnisoffen geführt mit dem gleichen Anspruch auf öffentliches Gehör für Gegner und Befürworter, hat bis heute nicht stattgefunden. Was stattgefunden hat, ist – wie oben gesehen – mediale Propaganda, die viele mittlerweile auch glauben lässt, Drogen seien gar nicht so schlimm, schlimm sei nur das Verbot. Doch genau wie bei der Neudefinition der Ehe gilt auch hier: Das wäre erst noch zu beweisen. Auch hier könnte man die Geschichte befragen: Gab es das schon einmal, die Aufhebung eines Rauschmittelverbots? Und gab es danach weniger Suchtkranke?

Auch die Frage, ob eine Partei, die Ansichten zum Thema Pädophilie wie die von Trittin, Cohn-Bendit und Beck zumindest zeitweise in ihren Reihen geduldet hat, sich nicht für

alle Zeiten als Motor politischer Veränderungen (zumindest im sexualethischen Bereich) disqualifiziert hat, kann ja immerhin mal gestellt werden. Doch statt eine solche Frage zuzulassen, wird in der deutschen Öffentlichkeit immer noch der Eindruck erweckt, die Grünen seien die Vorreiter für ein besseres, offeneres Deutschland. Viel ist die Rede in unserer Gesellschaft von den durch den Postmarxismus erstrittenen Fortschritten, den Segnungen von Klima-, Umwelt- und Tierschutz, vom Sinn des Atomausstiegs und dem Unheil militärischer Interventionen wie einst in Vietnam oder unlängst im Irak, wenig von den Hunderttausenden abgetriebener Kinder, die jetzt in unserem Land (einem der reichsten der Erde, in dem niemand darben muss) als Fachkräfte fehlen, vom unbestreitbaren Zusammenhang zwischen HIV-Seuche und Homosexualität bzw. Drogenkonsum oder von den Verbrechen Mao Zedongs und Ho Chi Minhs, den früher kultisch verehrten Säulenheiligen der linken Bewegung, denen die Geschichte die Morde an jeweils mehr als einer Million Menschen aufbürdet. Das fällt unter den Tisch, weil niemand gerne zugibt, wie falsch er einmal lag. Lieber klammert das Links-Establishment sich an das, was immer noch als richtig angepriesen werden kann, und rettet so aus dem Bestand der ideologisch begründeten Über-

zeugungen, was zu retten ist. Die Aufhebung der Ehe, die der Marxismus als Institution der dekadenten Bourgeoisie ansah, war nicht möglich, also gehen die Anhänger der linken, post-marxistischen Agenda, zu denen sich, in vielen Fällen aus reinem Opportunismus oder Machtkalkül, neben der SPD auch viele in der CDU gemacht haben, den umgekehrten Weg und entwerten sie, indem sie sie als »Ehe für alle« völlig neu definieren und ihres Kerns, der komplementären Zweiheit von Mann und Frau, berauben. Kaschiert wird dieser Traditionsbruch mit dem absurden Argument einer sich wandelnden Gesellschaft, absurd deswegen, weil diese Veränderungen – *vaticinium ex eventu* – ja nicht von selbst gekommen sind, sondern von ihren Anhängern gemacht wurden. Fraglich aber ist, ob der Ausstieg aus der traditionellen Mann-Frau-Ehe so unstrittig ist wie der aus dem Kohleabbau oder der Kernenergie. Denn anders als der Umweltschutz, der auf die Bewahrung der Schöpfung zielt, ohne die der Mensch nicht leben kann, widerspricht die Aufhebung der traditionellen Ehe als Mann-Frau-Bund dem Commonsense.

5. Commonsense versus **Mainstream**

Auffällig ist, dass in unserer Gesellschaft der Begriff *Commonsense* kaum noch richtig verstanden wird. Commonsense ist ein Begriff aus der Philosophie und der Erkenntnistheorie, der davon ausgeht, dass der Mensch über einen »gesunden Menschenverstand« verfügt, der ihm wahre Einsichten über die Welt und seine eigene Existenz ermöglicht. Mit einfachen Worten erklärt: Wenn ein Mann auf einem Ast sitzt und mit einer Säge an diesem Ast sägt, sagt ihm der Commonsense, dass das nicht gut ist. Er wird, sofern er nicht diesseits der Stelle, an der er sägt, sitzt, einen Schaden erleiden. Das Denkmodell des Commonsense erklärt also, warum es nicht klug ist, die Umwelt zu zerstören und die Meere so lange auszubeuten, bis keine Fische mehr darin schwimmen.

Rein gar nichts zu tun hat dieser Begriff dagegen mit dem, was wir heute unter *Mainstream* verstehen. *Mainstream* ist das, was die meisten Menschen für richtig halten, weil die meisten Menschen es immer wieder behaupten. *Mainstream* – wir haben das Beispiel schon bemüht – bedeutete im Nazi-Reich, dass Juden schlechte Menschen sind und in Nordkorea, dass

der »geliebte Führer« der großartigste Mensch der Welt war. Commonsense dagegen ist die Fähigkeit des Menschen zu erkennen, dass ein Staat, der seine wichtigsten Intellektuellen auslöscht, weil sie eine andere ethnische Herkunft, eine andere religiös-kulturelle Prägung oder eine andere politische Überzeugung haben als die Mehrheit, etwas falsch macht. Commonsense ist auch die Fähigkeit des Menschen zu erkennen, dass etwas nicht stimmt, wenn das Fernsehen erzählt, ich lebe im besten Land der Welt, aber zu Hause habe ich nicht mal das Nötigste zum Essen auf dem Tisch.

Man könnte es sich auch noch leichter machen und den bekannten jüdischen Publizisten Joseph Roth zitieren, der sinngemäß ausgesagt hat: Wenn neun Narren und ein Weiser nach dem Mehrheitsprinzip über eine Sache befinden, bekommen selbstverständlich die neun Narren immer Recht. Wenn die neun Narren der Meinung sind, der Nordpol liegt im Süden und der Südpol im Norden, können sie den Weisen, der das genau andersherum sieht, mühelos überstimmen. Neun Narren und ein Weiser, so darf man Roths anschaulichem Beispiel folgen, die in Nazi-Deutschland über den Umgang mit Juden abstimmen, liegen mithin im Ergebnis genauso daneben wie neun Narren und ein Weiser, die in einer westlichen

Demokratie darüber abstimmen, was eine Ehe ist und was nicht. Denn Commonsense und Mainstream müssen nicht immer zueinander passen und auch nicht immer zueinander finden.

Gleich im ersten Buch der Bibel, der einflussreichsten Schrift der abendländischen Kultur- und Geistesgeschichte, im Buch Genesis, wird die Mann-Frau-Dichotomie als eines der Grundprinzipien der Schöpfung dargestellt mit den berühmten Worten: »[...] und schuf sie als Mann und Frau« (Genesis 1,27). Um fatalen und folgenschweren Fehleinschätzungen und Irrtümern zu entgehen, gibt es für eine Gesellschaft nur einen Weg: die Orientierung an Werten und Überzeugungen, die Jahrhunderte und Generationen, Hochkulturen und ihren Niedergang, Imperien und die Revolutionen, die sie zu Fall brachten, überdauert und sich als solide und tragfähig bewährt haben, namentlich am Christentum als Fundament der abendländischen Kultur, wie es Toynbee und Dawson empfehlen. Der Marxismus bzw. Postmarxismus als vergleichsweise junger und zudem zu großen Teilen bereits gescheiterter Versuch der Welterklärung liefert kein auch nur annähernd so bewährtes Fundament. Das könnte bei klarem Verstand jeder erkennen.

Fazit

Das Grundgesetz stellt Ehe und Familie als fundamentale Keimzelle der Gesellschaft unter besonderen Schutz. Die Urheber des Grundgesetzes sahen in der Ehe die gesetzlich geregelte Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau, aus der auf natürlichem Wege Kinder hervorgehen können. Die »Ehe für alle« ist ein gesellschaftliches Experiment mit unsicherem Ausgang. Die Forderung nach einer »Ehe für alle« ist Teil einer linksliberalen (postmarxistischen) Agenda, die seit den Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre nach und nach in die westlichen Gesellschaften eingesickert ist, weil ihre Anhänger zunehmend zentrale Posten in den Leitmedien, im Kulturbetrieb, in Universitäten und Bildungseinrichtungen eingenommen und das Denken der Menschen in den demokratischen Gesellschaften nachhaltig beeinflusst haben. Neben dem Marxismus als ideologischem Überbau lässt sich vor allem ein fragwürdiger Hedonismus als Triebfeder der Bewegung ausmachen, der nicht erkennen lässt, dass die Umsetzung seiner Forderungen nicht nur dem Individuum (und auch das nur vordergründig), sondern auch der Gesell-

schaft insgesamt Nutzen bringt. Die bisherigen Versuche, marxistische Dogmen zur Grundlage eines funktionierenden Gesellschaftssystems zu machen oder sie in einer Gesellschaft konsequent anzuwenden, führten zu Repression und Mord. Nichts spricht dafür, dass sich eine solche Katastrophe nicht wiederholen könnte, wenn die atheistische Ideologie, weitergetragen durch ihre Erben ins Herz unseres Gemeinwesens, auf Umwegen, gleichsam als Wolf im linksliberalen Schafspelz, doch noch zur Grundlage politischer Entscheidungen mit großer Tragweite wird. Sinnvoller erscheint die Orientierung an jahrhundertlang bewährten Traditionen und die Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln und Wertvorstellungen unserer abendländischen Kultur.